

Katharina Pühl / Birgit Sauer (Hrsg.)

**Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse:  
queer-feministische Positionen**

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

*Katharina Pübl/Birgit Sauer*

## Queer-feministische Kapitalismusanalyse. Einleitung

Queer-feministische Gesellschaftsanalyse im deutschsprachigen, aber auch gesamteuropäischen Raum steht aktuell vor politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen, die eine engagierte Antwort aus kapitalismuskritischer Perspektive erfordern. Gegenwärtig überlagern sich politische, ökonomische, soziale und kulturelle Formen von Vermachtung und Herrschaft, die in neuer Weise gebündelt werden: Rechtspopulistische und rechtsextreme Angriffe auf Feminismus, Geschlechterforschung, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik sowie auf sexuelle Differenzen von LGBTIQ\*-Personen sind Angriffspunkte selbsternannter 'Anti-Genderist\_innen' in ganz Europa (vgl. Hark/Villa 2015, 2017; Kuhar/Paternotte 2017). Das erneute Beharren auf biologischen Grundlagen von Geschlecht und sexueller Orientierung erreicht das Format eines Kulturkampfes. Sexuelle Selbstbestimmungsrechte und -optionen werden in diesen nicht nur, aber insbesondere von Rechten geführten Debatten zunehmend in Frage gestellt, nicht zuletzt als Reaktion darauf, dass homosexuelle Lebensweisen in vielen europäischen Ländern in das heterosexuelle Ehemodell eingefügt werden.

Gekoppelt sind diese Entwicklungen mit mehr oder weniger ausdrücklicher Zustimmung aus dem konservativen Lager des politischen Parteien- und Gesellschaftsspektrums, das die Zeit gekommen sieht, rechtliche, politische, kulturelle und soziale Formen der Berücksichtigung von Bedürfnissen unterschiedlicher Geschlechter, sexueller Orientierungen und von neuen Formen des Zusammenlebens mit und ohne Familie bzw. in sozialen Sorge-Gemeinschaften fundamental anzugreifen.

Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA Ende 2016 und die Women's Marches 2017 dagegen ziehen aktuell aber auch eine neue Welle von Widerstand und Organisierung nach sich. Auch der Kampf polnischer Frauen gegen Versuche der Abschaffung des Abtreibungsrechts 2016 sowie aktuell das Ringen um die Abschaffung des § 219 StGB in Deutschland, der die Werbung für Abtreibungen strafbar macht, zeigen, dass feministische Forderungen für die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen heute noch immer

verteidigt oder überhaupt errungen werden müssen. Die aktuellen Kämpfe von Frauen in Ländern Lateinamerikas, die sich u.a. gegen Feminizide wenden, oder die Kämpfe in Indien gegen Vergewaltigung zeigen, dass feministische Mobilisierung und Gegenwehr in vielen Ländern der Welt präsent ist und die Verteidigung von Rechten, des Zugangs zu Ressourcen und von gleichberechtigten Lebensmöglichkeiten an Brisanz nichts verloren hat.

Ein normativer Orientierungspunkt in diesen konservativen und radikal rechten Kämpfen ist, allen empirischen Veränderungen in den gesellschaftlichen und geschlechterbezogenen Arbeitsteilungen und Lebenspraxen in Ländern des globalen Nordens zum Trotz, weiterhin das Modell der fordistischen Alleinernährer-Familie. Statistisch gesehen ist dieses Modell zumindest in Westeuropa, nicht zuletzt in Anpassung an veränderte, teils prekarisierte, teils räumlich und zeitlich entgrenzte Erwerbsarbeitsformen und Veränderungen der kapitalistischen Akkumulation, im Verschwinden bzw. in Umwandlung begriffen, da es vielfach nicht mehr zur lebenslangen Existenzsicherung beiträgt. In den praktischen Lebensformen wird das Hausfrauen-Ernährer-Modell nach und nach vom Zwei-Ernährer\_innen-Modell überlagert. Dazu trugen auch die Kämpfe der Frauenbewegungen in den Ländern des globalen Nordens bei sowie die in der Folge etablierten Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitiken, die in Arbeitsmarktpolitik ('Vereinbarkeit') sowie Familien- und Sozialpolitik hineinwirken und die Entscheidung vor allem gut ausgebildeter Frauen zur Erwerbsarbeit und damit zu einem möglichen selbstständigen Lebensentwurf beeinflussen bzw. beeinflussen sollen. Dass davon also nicht alle Frauen gleichermaßen profitieren, sondern vorwiegend gut ausgebildete und besserverdienende, ist eine zentrale feministisch-linke Kritikposition (vgl. Aulenbacher/Wetterer 2009), die den Mittelklasse-Bias vieler gleichstellungspolitischer Positionen und familienpolitischer Ansätze kritisch hinterfragt.

Diesen klassistischen Bias zeigt im deutschen Kontext das Instrument des Elterngeldes, eingeführt 2007 und bereits mehrfach novelliert. Diese Maßnahme ermöglicht es insbesondere gut verdienenden Paaren, Kinderbetreuungszeiten mit finanziellem Ausgleich zu organisieren. Systematisch vergessen werden aber die Herausforderungen für Menschen in prekären finanziellen und beruflichen Situationen (vgl. Manske/Pühl 2010; Lorey 2012; Freudenschuss 2013). Niedrigverdiener\_innen können sich eine solche Berufs- und damit Verdienstunterbrechung nicht leisten, und Hartz IV-Empfänger\_innen wird die Zahlung des Elterngeldes auf die Unterstützungsleistung angerechnet, so dass sie überhaupt nicht verfängt. Die erwerbsarbeits- und familien- bzw. vereinbarkeitsbezogenen Erfolge liberaler Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken haben eine

weitere Schlagseite, lassen sie doch die Belange von Alleinerziehenden weitgehend außer Acht.

Eine linke feministische Kritikperspektive steht somit vor der Herausforderung, die durchaus erreichten Verbesserungen als partial einzuordnen, eben nicht für alle gleichermaßen erreichbar bzw. wirksam, also die Dialektik des Einschlusses in und des gleichzeitigen Ausschlusses aus gleichstellungspolitischen Errungenschaften ins Zentrum der Analyse zu stellen. Dazu bedarf es auch der Kritik von Heteronormativität als strukturierendem Element der neueren Familien- und Zusammenlebensmodelle (vgl. Auth/Buchholz/Janczyk 2010). Dass wiederum in Deutschland die 'Ehe für alle' im Juni 2017 durchgesetzt werden konnte sowie die Option eines dritten Geschlechts „divers“ (2018) als Eintrag im Geburtenregister, erlaubt weniger ausschließende Möglichkeiten für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Das Gesetz produziert aber zugleich selbst wieder Ausschlüsse und Festschreibungen von sexuellen Lebensweisen bzw. Formen des Zusammenlebens.

Die selektiven neoliberalen Umbaustrategien vor allem seit Anfang der 2000er Jahre haben im deutschen Kontext für eine grundlegende Umstrukturierung und Umsteuerung in Familien-, Sozial- sowie Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik gesorgt (vgl. u.a. Dackweiler/Schäfer 2010; Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015). Im Kontext einer immer größer werdenden Spaltung zwischen Arm und Reich kann man von heute aus zurückschauend konstatieren, dass sie weitreichende Zerstörungen und Verheerungen im sozialen Gewebe verursachten, und zwar für Frauen wie auch für Männer, insbesondere in den Bereichen Sorge und Pflege, aber auch in den öffentlichen Gesundheits-, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Auch der Alltag der Menschen und jener von Sorge-Gemeinschaften, gleich wie sie praktisch gelebt werden, ist von diesen Veränderungen betroffen, und die „Care-Frage“ wird zu einer zentralen gesellschaftspolitischen, aber auch ganz praktischen in Lebenszusammenhänge hineingedrängten Spaltungslinie. Die Organisation sozialer Reproduktion bzw. die Reproduktion spezifischer sozialer Gruppen verschärft aufgrund neoliberaler Sparpolitiken, der Umformulierung des Sozialstaatsprinzips, das schlimmste Härten im Lebensverlauf – erwerbsarbeitszentriert bzw. -gesichert – abfedern sollte, die Positionen zwischen Frauen unterschiedlicher Klassenlagen (damit soll nicht gesagt sein, dass sozialstaatliche Leistungen jemals völlig inklusiv, für alle zugänglich und erreichbar waren). In den mehrfachen Wellen neoliberaler 'Anpassungspolitiken', die auf neue Akkumulationsstrategien und finanzmarkt-dominierte Steuerung auch von Wohlfahrt, Pensionskassen und Gesundheitssystemen ausgreift, sind, auch mit legitimatorischem Bezug auf die demografische Entwicklung westlicher Gesellschaften, in

Europa soziale Versorgungssysteme unter Druck bzw. geraten völlig aus der *Façon*. Sparpläne für 'später' sind angesichts der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank nichts mehr wert; Versicherungen kündigen ihren Mandant\_innen, weil diese Form der Rücklagenbildung ohne Zinsen als Geschäftsmodell nicht mehr funktioniert. Der Druck, die persönliche Vorsorge in den Aktienmarkt zu verlegen, war aber erstens nie für alle denkbar und möglich und hat zweitens, wie man nach der Finanzkrise von 2007/08 und bis heute sieht, in Ländern, in denen diese Finanzierungsmodelle für Wohnungen und Renten üblich waren, Millionen Menschen in große Not gedrängt und teils obdachlos gemacht.

Von den Folgen des Finanzmarkt-Crashes haben sich die sozialen Systeme noch nicht erholt. Bei fortdauerndem Zwang des Kapitals und seiner unterschiedlichen Fraktionen, stets neue Akkumulationsstrategien zu entwickeln, geriet die ökonomisierte Sozialpolitik unter Druck. Auch wenn inzwischen verstanden wurde, dass nicht alles Tafelsilber öffentlicher Daseinsvorsorge verscherbelt werden darf (erinnert sei an die Kontrakte des Cross-Border-Leasing, in denen deutsche Kommunen ihre öffentliche Verkehrsinfrastruktur oder Wasserwerke aus der Hand gaben), so sind doch derzeit wirkliche Gegenmodelle einer Stärkung des Öffentlichen und von sozialstaatlichen Infrastrukturen, die ausgleichende Bedingungen sozialer Wohlfahrt und gleichberechtigter Lebensmöglichkeiten verwirklichen, noch weit von ihrer Realisierung entfernt. Dagegen zeigen feministisch-marxistische Analysen, dass es andere Formen der Organisation von sozialer Reproduktion geben kann, um die es zu kämpfen lohnt (vgl. Dück in diesem Band).

Entgegen diesen grundlegenden Entwicklungen fokussieren (neo-)konservative, radikal rechte, rechtspopulistische und auch manche durchaus liberalen Positionen auf den Leistungserfolg von Einzelnen, von Familien und Verwandtschaft. Dies wirkt wie ein Sprung zurück ins 19. Jahrhundert, in quietistische Phantasien von Familienformen, Geschlechterverhältnissen und damit verbundener geregelter (Hetero-)Sexualität. Dieser Rückschritt ist auch deshalb so offensichtlich, weil zugleich die (eigene) Nation und das Volk bzw. die Volksgemeinschaft als neue Solidargemeinschaft angerufen wird. Feministische kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse muss diese Gemengelage von Antifeminismus-Debatten im Kontext der rechten oder rechtspopulistischen Szene, die sich gegen Gender Studies, aber auch gegen wissenschaftliche Analysen der Geschlechterverhältnisse überhaupt und gegen Gleichstellungspolitik richten, besser verstehen und, natürlich, bekämpfen. Die gefährlichen Diskursallianzen von Gruppen wie den „besorgten Eltern“ gegen „Frühsexualisierung“ gehen einher mit rassistischen, klassistischen, homophoben und gegen Geflüchtete gerichteten Attacken, die

resolut beantwortet werden müssen. Es braucht daher solides Wissen darüber, in welcher Weise und warum sich solche heftigen Angriffe und Widerstände gegen sich verändernde Geschlechterverhältnisse und Emanzipationsgewinne entwickeln. Ein zentraler Aspekt ist die Dethematisierung ökonomischer und materialer Bedingungen sozialer Veränderung, ja Verschlechterung für erwerbsarbeitende Menschen sowie die rechte und rechtspopulistische Umdeutung dieser neoliberalen materiellen Konstellation sozialer Ungleichheit als durch Geschlechtergleichstellung und Einwanderung verursacht. Auf dem Spiel steht in diesen rechten Debatten viel, nämlich die Frage von Demokratie – nicht nur im Sinne liberaler Mehrheitsentscheidung und des Parteienwettbewerbs, sondern im Sinne der Chance zu Selbstbestimmung (vgl. den Beitrag von Birgit Sauer in diesem Band; vgl. auch Brand/Dierkes/Jung 2014).

Mit diesen Perspektiven verbunden ist eine Vorstellung von 'Leistungsgerechtigkeit', nach der alle ihren Fähigkeiten entsprechend in der Lage sein sollen, ein lebenslanges Auskommen erwirtschaften zu können. Die Gegenwart zeigt andere Szenarien: Einkommen lassen auch in 'Hochlohnländern' wie Deutschland, Österreich oder der Schweiz für ein zunehmend größeres Klientel aus sozial schwächeren, aber zunehmend auch aus Mittelschichts-Kontexten, Lebenslagen entstehen, die als prekär oder prekarisierungsgefährdet zu bezeichnen sind. Die steigende Zahl von *working poor* ist eine Realität; Kinderarmut und Altersarmut von Frauen sind dies ebenfalls. Die Chance und Notwendigkeit aber, sozial absichernde Lebensverhältnisse außerhalb von Ehe und Familie gestalten und realisieren zu können, sind damit nicht gegeben. Zunehmend mehr Menschen leben beispielsweise alleine, vor allem später auch im Alter. Und zunehmend mehr – z.B. geflüchtete – Menschen kommen nach Europa, die sich hier zunächst teilweise alleine ein neues Leben aufbauen wollen und müssen.

Eine heute vielfach diskutierte und in aktuellen politischen Kämpfen zentrale Perspektive verfolgt grundsätzlicher, dass die Zusammenhänge von Leben, Arbeit, Sorge/Care und Zeitverwendung völlig anders gedacht, organisiert und gelebt werden müssen, wenn sich an den feministisch schon immer kritisierten grundlegenden Parametern der kapitalistisch-verwertenden Produktionsweise etwas ändern soll (vgl. Winker 2015; Scheele/Wöhl 2018). Sorge/Care-Tätigkeiten sind weiterhin großenteils un- oder unterbezahlte Arbeiten, die überwiegend immer noch von Frauen, viele mit migrantischem Hintergrund, geleistet werden (vgl. auch Haubner 2017). Diese Arbeiten tauchen in der kapitalistischen 'Ordnung' nicht gleichbewertet auf; Sorgearbeit wird ausgebeutet bzw. unbezahlt angeeignet. *Reproduktion* als zentraler Topos feministisch-marxistischer Diskussionen erfasst nicht lediglich Tätigkeiten der Sorge um Körper und Gesundheit, sondern auch

der Bildung und Erziehung, der Kommunikation sowie (politischen) Interaktion und Solidarität, aber auch der Selbstsorge und -versorgung. Keine Gesellschaft, kein Mensch kann sich aber ohne diese Arbeit reproduzieren. Deshalb werden *Fragen der Reproduktion, aber auch die kritische Prüfung von Fragen der Generativität und der Demografepolitik* in etlichen Beiträgen des Bandes verhandelt (vgl. die Beiträge von Julia Dück, Silvia Kontos, Susanne Lettow und Susanne Schultz).

Neben der Neukonstellierung von Sorgearbeit in kapitalistischen Ländern des globalen Nordens hat sich durch die Entwicklung bzw. Ausweitung kapitalistischer Märkte im Bereich reproduktiver Medizin die Praxis von Reproduktion – und damit das Verständnis von Reproduktion selbst – gewandelt. Der reproduktionstechnologische Markt ist nunmehr auf das Innere von Körpern, auf Körperteile oder -zellen ausgedehnt und bringt verwertungsorientierte Praxen der Reproduktion auch in einer globalisierten Arbeitsteilung unter Frauen hervor (z.B. Leihmutterchaft wie im Beitrag von Christa Wichterich diskutiert), betrifft aber in Form von Zellspenden auch beide Geschlechter (vgl. Scheich/Wagels 2011; Cooper/Waldby/Reuschling/Schultz 2015).

Gerade mit neuen, auch technologischen Reproduktionsverhältnissen ist die ökologische Dimension unmittelbar verknüpft. Am Beispiel Care-Migration lässt sich dies eindrücklich nachvollziehen. Sorgenden Gemeinschaften werden die für die Reproduktionsarbeit zuständigen Frauen im globalen Süden oder auch in Ost- und Mitteleuropa systematisch entzogen, um in den kapitalistischen Ländern und Zentren im globalen Norden Care-Arbeit – Pflege, Betreuung, Reinigung – zu verrichten. Oder anders gesagt: Für die Reproduktion von Menschen im globalen Norden wird in so genannten 'global care chains' lebendige Arbeit aus dem globalen Süden extrahiert (Ehrenreich/Hochschild 2002; Lutz 2009; Bereswill/Rieker/Schnitzer 2012).

Reproduktionsarbeit und extraktivistische Praxen gegenüber Körpern und Körperteilen, deren Verwertung und Vermarktlichung, bringen also neue Dynamiken hervor, die die Verhältnisse von Subjekten zueinander, z.B. Auftraggeber\_in/-nehmer\_in, vermittelnde Institutionen, ökonomische Profiteur\_innen verändern. Damit sind auch neue Generativitäts- und Fortpflanzungsverhältnisse verbunden, die völlig andere Bestimmungsnotwendigkeiten in Bezug auf Verwandtschaft, Elternschaft und Familie verlangen (vgl. den Beitrag von Andrea Maihofer in diesem Band). Gleichzeitig sind mit diesen Optionen aber auch Fragen nach Sexualität, Intimität und deren Regulierungen neu aufgeworfen.

Für eine *zeitdiagnostische Bestimmung* von Begriffen bzw. Konzepten wie 'Krise', 'Transformation' im neoliberalen Kapitalismus spielen oft paradoxe gleichzeitig wirkmächtige Prozesse von De- und Re-Konstruktion bzw. Re-

Artikulation eine Rolle, auch in Bezug auf symbolische, soziale und politische Identitäten. Sie wirken als zentrales Moment einer ständigen Bearbeitung von Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen unter konflikthafter bzw. umkämpfter sowie widersprüchlichen gesellschaftlichen Umständen und Machtverhältnissen. Eine feministisch-materialistisch informierte Dekonstruktion von identitätsbezogenen Regierungs- und Regulierungsformen sozialer Zuschreibung und Wahrnehmung ist deshalb notwendig, um ihre materiale Einbettung in gesellschaftliche Verhältnisse und Herrschaftsstrukturen sichtbar sowie um Subjektivierungsweisen, Diskurse, Praxen und soziale Infrastrukturen verstehbar zu machen. Dies ist dann die Basis, um Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung aufzuzeigen und entwickeln zu können (vgl. Bargetz et al. 2015).

*Krisenzusammenhänge* und multiple Krisen stellen grundlegende Herausforderungen für sich verändernde Geschlechterpolitiken und -regulierungen dar (vgl. Appelt/Aulenbacher/Wetterer 2013). Letztere sind aber hinsichtlich unterschiedlicher Dimensionen näher zu bestimmen: der politischen Partizipation und Repräsentation; der (Lohn-)Arbeitsteilung; der individuellen wie gesellschaftlichen Reproduktion und der Care-Ökonomie; des (Sozial-)Staats; rassistischer Ausschlüsse sowie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und ihrer vergeschlechtlichten Bearbeitung. Hierfür ist ein Krisenverständnis zentral, das vielfältige Verschiebungen, beispielsweise der Definition von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen als sich verändernden sozialen Praxen und nicht nur als 'Antwort' auf Krisenherausforderungen, erfasst. Vielmehr gibt es 'viele Krisen', die in ihren Eigenlogiken in Betracht zu ziehen sind, etwa wenn von der Krise der Männlichkeit gesprochen wird (vgl. Bereswill/Neubauer 2011). Nicht alle gesellschaftlichen Veränderungen sind also krisentheoretisch zu erfassen oder zu beschreiben. Julia Dück entwickelt in ihrem Beitrag einen Gramscianischen Krisenbegriff, und mit dem Begriff der „Hegemonieselbstkritik“ umreißt Anika Thym in diesem Band Gestalt und (emanzipatorisches) Potenzial von Kritiken, die aus einer hegemonialen Position formuliert werden. Gesellschaftliche und individuelle Krisenerfahrungen sind oft wichtige Auslöser dieser Kritik.

Eine Reflexion über die Frage, inwieweit in der queertheoretischen Erweiterung kapitalismuskritischer Gesellschaftsanalyse der kritische Zugriff auf ihre Analysegegenstände verloren gegangen sein könnte, stellen Volker Woltersdorff und Gundula Ludwig im Band vor. In ihrem Beitrag zeigen sie, dass politische Verschiebungen in der hegemonialen Formation des Neoliberalismus neue queertheoretische Analysen erfordern. Veränderungen im neoliberalen Kapitalismus, von neoliberaler Staatlichkeit und Sexualität führten zur politischen und rechtlichen Einbindung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in bürgerliches



Recht und inzwischen zur Ehe für alle als staatlich gestützter und geschützter Institution. Diese 'Normalisierung' bewegt sich aber zwischen den Polen von Freiheit und Sicherheit. Die Liberalisierungen queerer Lebensformen und die Entdiskriminierungspolitiken gegenüber LGBTIQ\*-Personen ist tief in eine prinzipiell klassistische und in ihrer Grundstruktur weiterhin überwiegend heterosexuelle Matrix eingewebt. Die dialektisch als verschränkt zu begreifenden diskursiven, institutionellen und politisch-gesellschaftlichen Strukturen, in denen ein eher über 'Freiheits'-Versprechen bzw. Anrufungen an ein ökonomisch denkendes und für sich selbst sorgendes Subjekt das Modell sozialer Wohlfahrtsstaatlichkeit darstellte, wird zunehmend mit autoritären Anrufungen der Versicherheitlichung gesellschaftlicher Macht- und Selbstverhältnisse im neoliberalen Kapitalismus der Gegenwart verknüpft. 'Sicherheit' generiert derzeit in ganz unterschiedlichen Feldern Abgrenzung, Kontrolle sowie nationalistisch geprägte rassistische und klassistische Ausgrenzungen. An dieser Stelle berühren sich autoritäre Restrukturierungsversuche aus politisch konservativer und rechter Perspektive, wenn etwa ein Zurück zur klassischen Familienform propagiert wird und heftige Angriffe gegen andere Formen von Sexualität wieder verstärkt laut werden. Tatsächlich zeigt sich dies aktuell ja nicht nur in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, sondern auch in der bereits weiter zunehmenden tätlichen Gewalt gegen LGBTIQ\*-Personen auf der Straße. Aber auch die rassistisch motivierten Angriffe gegen Geflüchtete müssen im Blick bleiben.

Diese paradoxen Entwicklungen einerseits gleichzeitig fortschreitend ausgreifender Liberalisierung von Rechten, andererseits deren Überkreuzung mit rassistisch ausgrenzenden Politiken, wie sie in Begriffen wie „Homonationalismus“ (Puar 2007) und „Femonationalismus“ (Farris 2017) kritisch gefasst wurden, kennzeichnen die dialektische Verschränkung von Freiheit und Sicherheit in der aktuellen Matrix kapitalistischer Gesellschafts(neu)ordnung. Diesen Aspekt hoben in den letzten Jahren insbesondere post-koloniale Arbeiten hervor (vgl. do Mar Castro Varela/Dhawan 2015).

Der Band will jedoch nicht nur in diese aktuellen gesellschaftlichen und politischen Transformationen, sondern auch in queer-feministische wissenschaftliche Debatten eingreifen. Die Frage nach der Be- und Umarbeitung sozialer Machtverhältnisse hat in der feministischen Gesellschaftsanalyse den Fokus verstärkt auf die Rolle und Wirksamkeiten von 'Materialität' gelenkt. An einem Punkt treffen sich marxistische Zugänge zu dieser Frage mit denen aus der dekonstruktivistischen Perspektive, nämlich wenn der Zusammenhang diskursiver gesellschaftlicher Praxen mit institutionellen, subjektiven und kollektiven Strukturen genauer in den Blick rückt. Dass Subjekte nicht einfach durch 'Unterwer-

fung' gebildet werden, war ein Lernschritt feministischer Theoriebildung, der unter Rückgriff auf Foucault'sche Analysen oder auch der Kritischen Theorie erfolgte (Maihofer 1995; Jung 2016). Vielmehr entstehen durch diskursives und praktisches Handeln Subjektivitäten, die an einer Vielzahl von vermachteten gesellschaftlichen Bereichen teilhaben, sich neu formen, sich verändern und somit beweglich bleiben. Das Subjekt tritt nach diesem Verständnis nicht seinen äußerlichen Umständen gegenüber, sondern formt sie mit, wie es aus ihnen heraus (mit) entsteht und sich selbst konstituiert.

Diese neomaterialistischen Diskussionen haben zu – bis heute kontrovers diskutierten – Revisionen eines Verständnisses von Materialität geführt, es erweitert. Ein zentraler Fokus war die Frage nach der Rolle von Biologie für Körperlichkeit, geschlechtliche Identitäten oder das Herrschaft strukturierende Potential von Affekten. Eher sozialkonstruktivistisch argumentierenden Positionen wurde vorgeworfen, die Materie, also Natur und Biologie, völlig aus der Analyse auszuschließen. Demgegenüber haben innerhalb dieses Feldes andere Zugänge zu zeigen versucht, wie sich die gesellschaftliche Bearbeitung von Körpern, Gegenständen und sozialen Verhältnissen nicht anders als 'material', also an ihrer durch Arbeit gestalteten Einbindung in soziale Kooperations- und damit Machtverhältnisse einschreibt.

Dies zeigt sich auch in der Frage, wie gesellschaftlich die Abgrenzung oder vielmehr notwendige Einbeziehung von Mensch, Natur und Ökologie in ein erweitertes Verständnis von Materialität eingehen. Brigitte Bargetz problematisiert im vorliegenden Band diese Frage mit einem kritischen Blick auf Ansätze der 'Queer Ecology' unter dem Aspekt einer queer-feministisch und antirassistisch angereicherten Gesellschafts- und Kapitalismuskritik.

Und nicht zuletzt verweisen die aktuellen Entwicklungen ökologischer Herausforderungen weltweit auf die Notwendigkeit einer sozial-ökologisch orientierten feministischen Kapitalismuskritik (vgl. Caglar/Schwenken/do Mar Castro Varela 2012; Salleh 2017). Die sozial-ökologischen Verwerfungen zeigen sich nicht nur in der globalen Arbeitsteilung, vielmehr beruhen die Produktions- und Reproduktionsweise des globalen Nordens generell und nach wie vor auf einer Politik der Extrahierung von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, aber auch menschlicher Organe. Gleichzeitig werden der Müll sowie gefährliche Stoffe aus der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, die in der fleischlastigen industriell basierten Ernährungsweise des globalen Nordens eingesetzt werden, externalisiert, wie es technisch oft heißt, also in Senken des globalen Südens verschoben. Zu dieser Lebensweise im kapitalistisch strukturierten weltgesellschaftlichen Zusammenhang gehört auch die entdifferenzierende Perspektive

eines sich vermeintlich in unterschiedliche Bereiche gliedernden Verhältnisses von Natur und Gesellschaft.

Eine feministisch-materialistische Perspektive auf diese Form einer „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) weist diese Zergliederung zurück und analysiert vielmehr die strukturellen Zusammenhänge und Folgen einer extraktivistischen Landwirtschaft, von automobilisiertem Individualverkehr als politischem Leitbild von Mobilität und damit die Frage, wie Menschen wohnen können oder wollen. Eine feministisch-materialistische Sicht kann herausarbeiten, dass privatwirtschaftliche Produktionsstrukturen in den zugehörigen Branchen keine gemeinwohlorientierten Strategien verfolgen, sondern profitorientiert agieren und dass den daran geknüpften Subjektivitäten eine emanzipatorische Re-Organisation von vergeschlechtlichten Lebensweisen nicht einfach zur Verfügung steht, sondern sie im Gegenteil ungleiche Arbeitsteilungen reproduzieren (Grulich/Riegraf 2014). Dass in einer Welt mit – erkennbaren und gut beschriebenen – endlichen Ressourcen kein unendliches Wachstum einer solchen industrialistisch-extraktivistisch dominierten Produktionsweise möglich ist, ist geteilte Sorge und Ausgangspunkt vieler kritischer Ansätze, die die Komplexität von gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsverhältnissen einzufangen versuchen. Sie reflektieren vor dem Hintergrund einer marxistisch-feministischen Ökosozio-logie (Salleh 2017) die Komplexität und Verbundenheit sozialer mit natürlichen Verhältnissen. Hier muss ein erweitertes Verständnis von Reproduktion und *commons*, queerfeministisch gewendet, ansetzen (vgl. z.B. Habermann 2016).

Die Frage nach den Zusammenhängen unterschiedlicher kritischer Perspektiven in der materialistischen Gesellschaftsanalyse stellen sich oft quer zu den Zitier- und Rezeptionsgewohnheiten innerhalb theoretischer ‘Echokammern’, die es auch in der linken Gesellschaftsanalyse gibt. Im Gegensatz dazu ist es notwendig, die Analyseformen aus unterschiedlichen, durch kapitalismuskritische wie auch durch queer-feministische Diskurse erweiterte Fragestellungen daraufhin zu prüfen, inwieweit sie systematisch miteinander ins Gespräch kommen (können) (vgl. Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015). Dies ist das Ziel dieses Bandes. Die einzelnen Beiträge haben in ihren je spezifischen Themenbereichen das Ziel, eine kritisch-materialistische Gegenwartsanalyse mit queer-feministischen und geschlechtertheoretischen Überlegungen zu verknüpfen. Zentrale Konzepte, die sich für eine solche Theorieperspektive herauskristallisieren, sind Generativität, Demografisierung und Care-Ökonomie, Hegemonie, Demokratie und Krise, Diskurs und Materialität, Heteronormativität und Neoliberalismus.

Darüber hinaus kommen im Band explizit marxistische Denker, die nicht unmittelbar in feministischen Diskussionen verortet sind, zu Wort, die materi-

alistische Debatten um Emanzipation intersektionalitäts- sowie geschlechtertheoretisch durchdenken. Ausgangspunkt ist die Frage, wie 'Klassenpolitiken' unter dem Eindruck von Vielfalt und soziale Differenzen beschreibenden Ansätzen wie dem der Intersektionalität, die in der feministischen Debatte als eine zentrale Erweiterung eines als homogen empfundenen Klassen- und Geschlechterkonzepts entwickelt wurden, neu gedacht werden können (z.B. Klinger/Knapp 2013). Zu bestimmen bzw. zu diskutieren ist für ein solches Projekt, wie sich 'Klasse', 'Rasse' und 'Geschlecht' als in diesen Debatten verhandelte 'Entitäten' systematisch aufeinander beziehen lassen, ohne von vornherein das Primat Klasse zu setzen: Sind die intersektionalen Beschreibungen soziale Ungleichheit stiftender Strukturierungen durch Rassismus und Sexismus systematisch gleich verortet wie die gesamthafte Strukturierung kapitalistischer Gesellschaftsanordnung durch – sich wandelnde, stets bearbeitete – Klassenverhältnisse? Gehen Rassismus und Sexismus in Klassenverhältnisse ein, modulieren oder determinieren sie diese? Dies sind Fragen, die Alex Demirović in seinem Beitrag beschäftigen; er verfolgt die Perspektive, dass eine klassenbezogene kapitalistische Gesellschaftsordnung den zu analysierenden Herrschaftszusammenhang bildet, in den allerdings andere Herrschaftsstrukturen unmittelbar eingelassen sind. Wie lassen sich bestimmte feministisch-kapitalismuskritische Analysen, so eine weitere Fragerichtung, zu marxistisch-regulationstheoretischen und kritischen soziologischen Ansätzen von Gesellschaftsanalyse ins Verhältnis setzen? Michael Bries Beitrag beantwortet diese Frage komplex und mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit von Subjekten in kapitalismuskritischen und feministischen Konzepten herauszudestillieren. Brie zeigt, wie unterschiedliche marxistische Analysen sich mit marxistisch-feministischen Zugängen sehr produktiv verbinden lassen.

Die Beiträge dieses Bandes sind aus vielen Diskussionen entstanden, die die Autor\_innen langjährig miteinander in unterschiedlichen Kontexten führten, vor allem seit 2012 im Rahmen des Arbeitskreises „Gender & Kapitalismusanalyse“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Zentrum dieses Arbeitszusammenhangs stand und steht das dringliche Anliegen, poststrukturalistisch bzw. dekonstruktivistisch geprägte Analysen mit marxistisch-materialistischen Ansätzen zu verbinden und diese nicht als 'Gegenspieler' aufzubauen. Die Unvereinbarkeit dieser Theoriestränge geistert nach wie vor durch die queer-feministische Community. Brigitte Bargetz geht dieser Frontstellung in ihrer Diskussion von neu-materialistischen Ansätzen nach und präzisiert wie auch Susanne Lettow in ihrem Text die Bedeutung von Materialität und Materialismus in der feministischen Diskussion. Viele Beiträge dieses Bandes gehen davon aus, dass Marx *und* Foucault Perspektiven auf eine erweiterte kapitalismuskritische, queer-feministische Gesellschaftsanalyse

eröffnen, auch wenn die Ursprungstexte selbst zunächst nicht so angelegt waren. Das Bemühen aller Autor\_innen dieses Bandes ist es, mit Blick auf Fragen der materialen Veränderungen von Gesellschaft und deren diskursverschränkenden Bearbeitungsweisen eine erweiterte kritische Gesellschaftsanalyse zu betreiben.

Diese Art kritischer Auseinandersetzungen scheinen uns insbesondere deshalb wichtig für eine queer-feministische Kapitalismusanalyse und -kritik, da in jüngster Zeit und insbesondere im Kontext der rechten Debatten um 'fake news' feministisch-poststrukturalistische Ansätze verantwortlich für den Verlust von Maßstäben und Werten wie Gleichheit und Wahrheit gemacht werden. Auch zu diesen wissenschaftlich herausfordernden Debatten will der Band neben theoretischen Positionierungen zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen einen Beitrag leisten.

Als Herausgeberinnen bedanken wir uns ganz herzlich bei den Autor\_innen des Bandes, aber auch bei allen anderen, die mit uns in den vergangenen Jahren diese Themen, Fragen und Perspektiven diskutiert haben. Wir wünschen dem Band eine engagierte Diskussion sowie Rückkopplungen und Weiterentwicklungen dessen, was hier angeboten wird.

### *Literatur*

- Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.) (2013): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Münster.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (2015): Feministische Kapitalismuskritik. Einsteige in bedeutende Forschungsfelder. Münster.
- Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.) (2009): Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. Münster.
- Auth, Diana/Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie (Hg.) (2010): Selektive Emanzipation. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik. Leverkusen, Berlin.
- Bargetz, Brigitte/Fleschenberg, Andrea/Kerner, Ina/Kreide, Regina/Ludwig, Gundula (Hg.) (2015): Kritik und Widerstand. Feministische Praktiken in androzentrischen Zeiten. Leverkusen, Berlin.
- Bereswill, Mechthild/Rieker, Peter/Schnitzer, Anna (Hg.) (2012): Migration und Geschlecht: Theoretische Annäherungen und empirische Befunde. Weinheim, Basel.
- Bereswill, Mechthild/Neubauer, Anke (Hg.) (2011): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster.
- Brand, Ortrun/Dierkes, Mirjam/Jung, Tina (Hg.) (2014): In Arbeit: Demokratie. Münster.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Natur und Mensch in Zeiten des globalen Kapitalismus. München.

- Caglar, Gülay/Schwenken, Helen/do Mar Castro Varela, Maria (Hg.) (2012): *Geschlecht Macht Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*. Leverkusen, Berlin.
- Cooper, Melinda/Waldby, Cathrine/Reuschling, Felicita/Schultz, Susanne (2015): *Sie nennen es Leben, wir nennen es Ausbeutung. Globale Bioökonomie im 21. Jahrhundert*. Münster.
- Dackweiler, Regina/Schäfer, Reinhild (Hg.) (2010): *Gewalt-Verhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt*. Frankfurt/M., New York.
- do Mar Castro Varela, Maria/Dhawan, Nikita (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Bielefeld.
- Ehrenreich, Barbara/Hochschild, Arlie Russel (2002): *Global Woman. Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy*. New York.
- Farris, Sara R. (2017): *In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism*. Durham.
- Freudenschuss, Magdalena (2013): *Prekär ist wer? Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe*. Münster.
- Grulich, Julia/Riegraf, Birgit (Hg.) (2014): *Geschlecht und transnationale Räume. Feministische Perspektiven auf neue Ein- und Ausschlüsse*. Münster.
- Habermann, Friederike (2016): *Ecommony. UmCARE zum Miteinander*. Sulzbach.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld.
- (2017): *Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart*. Bielefeld.
- Haubner, Tine (2017): *Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland*. Frankfurt/M.
- Jung, Tina (2016): *Kritik und Politik in Kritischer Theorie und feministischer Theorie*. Münster.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.) (2017): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London.
- Lorey, Isabell (2012): *Die Regierung der Prekären*. Wien, Berlin.
- Lutz, Helma (Hg.) (2009): *Gender Mobil? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen*. Münster.
- Maihofer, Andrea (1995): *Geschlecht als Existenzweise*. Frankfurt/M.
- Manske, Alexandra/Pühl, Katharina (Hg.) (2010): *Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen*. Münster.
- Puar, Jasbir K. (2007): *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times*. Durham.
- Salleh, Ariel (2017): *Ecofeminism as Politics. Nature, Marx and the Postmodern*. London.
- Scheich, Elvira/Wagels, Karen (Hg.) (2011): *Körper Raum Transformation. Gender-Dimensionen von Natur und Materie*. Münster.

Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (Hg.) (2018): *Feminismus und Marxismus*. Weinheim, Basel.

Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld.

\_/\* gendersensible Schreibung in diesem Band: Wir haben uns dafür entschieden, in den Texten den \_ Unterstrich zu verwenden als inzwischen weitgehend konsensuale Schreibweise – das \* Sternchen aber den Autor\*innenhinweisen vorbehalten. Damit soll auch gesagt/gezeigt werden, dass die Debatten über Schreibweisen, Lesegewohnheiten in der Textpraxis immer noch in Bewegung sind und hier unterschiedliche Anliegen aufgenommen bzw. repräsentiert werden.